



FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

1. Jahrgang
Nr. 7, August 2015

Das ewige Ziel der USA: Die Weltherrschaft

Beim 544. offiziellen Kontakt sprachen Billy und Ptaah am 1. September 2012 über die kriegerischen Machenschaften der USA und über die unrühmlichen Rollen verschiedener US-Präsidenten (siehe FIGU-Sonder-Bulletin Nr. 71 vom Januar 2013). Billy erwähnte dabei den Präsidenten George Washington, «der mit dem Siebenjährigen Krieg von 1756–1763 eigentlich den ersten Weltkrieg ausgelöst hat, folgedem also bereits drei Weltkriege stattgefunden haben und nicht erst zwei.». Die USA streben seit jeher nach der Weltherrschaft und sind durch die Folgen des zweiten Irak-Krieges hauptverantwortlich für das Entstehen der Terror-Organisation «Islamistischer Staat». Der US-amerikanische Publizist William Blum sprach darüber kürzlich offene und deutliche Worte.

Achim Wolf, Deutschland

William Blum: Die USA sehen sich als die auserwählte Nation



30. April 2015 Non Profit News Redaktion

William Blum ist ein US-amerikanischer Publizist und Kritiker der Aussenpolitik der USA. Er war früher beim State Department beschäftigt, das er 1967 wegen seiner Opposition zum Vietnamkrieg verliess. Blum hat dem Nachrichtensender RT ein bemerkenswertes Interview gegeben.

Im folgenden die deutsche Übersetzung des Interviews von Blum mit RT.:

Moderatorin: Unser heutiger Gast ist William Blum – der Historiker und Autor einer Reihe von Bestseller, darunter «Der Schurkenstaat USA» und «Amerikas tödlichster Export – Demokratie». Willkommen zu unserer Sendung, schön, dass Sie hier heute mit uns sprechen können. Hillary Clinton erklärte sich bereit, bei den Präsidentschaftswahlen für die Demokratische Partei zu kandidieren. Und Jeff Bush wird wahrscheinlich für die Republikaner kandidieren. Also, wieder Bush und Clinton – das haben wir schon mal gesehen. Wer von ihnen ist der bessere Präsidentschaftskandidat, nicht nur für die USA, sondern für den ganzen Planeten? Zum Beispiel für die Aufrechterhaltung des globalen Friedens.

Blum: Ich glaube nicht, dass die US-Aussenpolitik sich überhaupt ändern wird, unabhängig davon, wer im Weissen Haus sitzt – Bush, Clinton oder wer auch immer. Unsere US-Politik



ändert sich nicht, das gilt auch für Barak Obama. Es spielt keine Rolle, welcher Präsidentschaftskandidat von welcher Partei. Die Republikaner oder die Demokraten – sie verfolgen die gleiche Aussenpolitik.

Moderatorin: Warum glauben Sie, dass die beiden Parteien ein und denselben aussenpolitischen Kurs haben und sich von einander nicht unterscheiden?

Blum: Weil Amerika seit zwei Jahrhunderten das grundlegende Ziel verfolgt – und das ist die Weltherrschaft. Dieses Ziel wird spätestens seit den 1890er Jahren oder noch früher verfolgt. Von der US-Vorherrschaft in der Welt träumen sowohl die Republikaner als auch die Demokraten, die Liberalen und die Konservativen. Die Idee ist, dass wir die auserwählte Nation sind und dass wir der restlichen Welt etwas Wichtiges mitzuteilen haben, unsere Werte der US-amerikanischen Auserwähltheit. In dieser Hinsicht widersprechen sich die Republikaner und Demokraten nicht. Bei den Wahlen vertreten sie unterschiedliche Ansichten in einigen Fragen, damit der Eindruck entsteht, es gebe einen Unterschied zwischen diesen beiden Parteien. Aber sobald eine der Parteien an die Macht kommt, betreibt sie immer die gleiche Politik – die Weltdominanz der USA.

Moderatorin: Wenn wir auf das Jahr 2009 zurückblicken, als der US-Präsident Barak Obama ankündigte, dass wenn man eine Lösung für Irans Atomprogramm finde, der US-Raketenschild in Europa nicht mehr notwendig sein werde.

Obama im Jahr 2009: «If the Irania threat is eliminated, we will have a stronger basis for security. And the driving force for missile construction in Europe will be removed.»

Heute stehen wir so nah wie niemals zuvor vor so einer Lösung des iranischen Atomprogramms, wir stehen kurz vor der Unterzeichnung des historischen Abkommens mit dem Iran. Aber die NATO erklärte, es wird sich nichts mit dem US-Raketenschild in Europa ändern. Warum nicht?

Blum: Weil die NATO den Wunsch der USA teilt, in der Welt herrschen zu wollen. Die NATO ist für die USA lediglich ein Werkzeug, es gibt keinen Unterschied der US-Aussenpolitik und der Politik der NATO. Beide verfolgen das gleiche Ziel. Es würde die NATO heute nicht geben, wenn die USA nicht in der NATO-Allianz Mitglied wären. Die USA haben die NATO gegründet, die USA sind der Hauptfinancier der NATO. Da ist kein Unterschied zwischen den USA und der NATO. Beide haben die gleichen Ansichten in bezug auf die US-amerikanische Weltherrschaft. Es ist egal, was der Iran tut oder nicht tut, die USA und die NATO wissen, dass der Iran der Gegner des US-Imperiums ist. Und jeder, der ein Gegner des Imperiums ist, muss beseitigt werden. Ob das der Iran, Venezuela, Kuba oder wer auch immer ist, das ist der Test: Liebst du das Imperium oder nicht.

Moderatorin: Lassen Sie uns bei der Theorie der globalen Vorherrschaft der USA bleiben. Die NATO verstärkt zurzeit ihre Truppen an der Grenze zu Russland. Die Eingreiftruppen der NATO in Osteuropa sollen auf 30 000 Soldaten aufgestockt werden. Warum tut man das? Gegen wen sind diese Truppen gerichtet?

Blum: Diese NATO-Aktivitäten sind gegen Russland gerichtet. Die USA werden niemanden dulden, der im Weg der globalen Expansion des US-Imperiums steht. Russland und China sind als die einzigen Nationen in der Lage, dem US-Imperium im Wege zu stehen. Andere Nationen wie Kuba, Venezuela und der Iran werden von den USA auch als Feinde empfunden, weil diese Länder über einen grossen internationalen Einfluss verfügen. Kuba hat einen Einfluss auf die ganze westliche Hemisphäre, daher gilt Kuba für die USA als Feind. Aber das Hauptmerkmal – ob man das US-Imperium und seine globale Expansion unterstützt oder nicht – nach diesem Merkmal fallen alle von mir genannten Länder durch, von Kuba bis hin zu Russland. Einige könnten mir erwidern, dass ich das alles zu einfach sehe ...

Moderatorin: Glauben Sie auch, dass die USA Gewalt gegen ihre Feinde anwenden werden?

Blum: Die USA setzen Gewaltanwendung gegen ihre Feinde auf regelmässiger Basis zwei Jahrhunderte lang ein. Natürlich wenden die USA Gewalt an, gegen Kuba beispielsweise, dort haben sie militärisch interveniert. Die USA haben 60 Jahre lang alle möglichen Gewaltakte der kubanischen Emigranten unterstützt. Die Gewaltanwendung war immer schon ein Bestandteil der US-Aussenpolitik. Lassen Sie mich das für Ihre Zuschauer zusammenfassen: Seit 1946 haben die USA über 50 Regierungen in verschiedenen Ländern weltweit gestürzt. Und seit 1946 haben die USA versucht, über 50 Staatschefs durch Attentate zu ermorden; die USA warfen seit

1946 Bomben auf etwa 30 Länder ab. Die USA haben in mindestens 20 Ländern die politischen Parteien unterstützt, die eine Revolution anstrebten. Es gibt noch mehr Tatsachen, die ich jetzt aber nicht genau in Erinnerung habe, aber das ist absoluter Rekord in der ganzen Geschichte der Menschheit. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass diese US-Politik sich ändert oder ändern wird, ausgenommen die Situation, in der zukünftig eine noch stärkere Macht aufkommt, die die USA schlagen könnte.

Moderatorin: Der französische Geheimdienst, und Franzosen scheinen Alliierte der USA zu sein, also der Chef des französischen Geheimdienstes erklärte vor kurzem, dass man keine Beweise für die Pläne Russlands gefunden habe, in der Ukraine intervenieren zu wollen. Wenn das so ist, warum hat dann die NATO so lange so gebetsmühlenartig über eine russische Invasion in der Ukraine behauptet?

Blum: Weil Russland zwei Merkmale eines Feindes der USA hat, die Washington nicht tolerieren kann. Ein Merkmal davon sind die sehr mächtigen militärischen Fähigkeiten Russlands. Und zweitens, Russland steht in keiner politischen Abhängigkeit von den USA, Russland ist von dem US-Imperium nicht gerade begeistert. Das gleiche gilt für China. Also, es sind zwei Sachen, die einen zum US-Feind machen: Keine grosse Liebe für das US-Imperium und die militärische Stärke. Das macht einem zum militärischen Ziel Washingtons.

Moderatorin: Das Problem dabei ist, in der Ukraine ist jetzt offiziell Waffenstillstand, aber jetzt sind dort die US-Truppen angekommen mit dem Ziel, die ukrainische Armee auszubilden. Also warum schickt Washington ausgerechnet jetzt seine Truppen in die Ukraine, wo man die Waffenruhe hat und über eine Friedenslösung verhandelt wird?

Blum: Weil Washington sehr wohl weiss, dass die Menschen in der Ostukraine, die sich an Russland orientieren, nicht zugunsten Washingtons umgestimmt werden können. Es ist unmöglich, die prorussischen Ostukrainer für Washington zu gewinnen, deshalb weil Washington gegen diese Menschen militärisch vorgeht. Die USA haben vor, die prorussischen Ostukrainer militärisch zu beseitigen, sobald dafür eine entsprechende politische Grundlage vorbereitet ist. Washington wird von seinen Absichten und getroffenen Entscheidungen nicht zurückweichen. Ich wiederhole: Washington will die Weltherrschaft, und jeder, einschliesslich die Ostukrainer, der sich diesem globalen Ziel der USA widersetzt, wird automatisch zum Feind der USA. Und vielleicht wird gegen solche Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt die militärische Gewalt angewendet.

Moderatorin: Also Sie sagen, dass Amerika den Frieden in der Ukraine nicht will, weil die USA ihre US-Truppen dorthin senden. Wie können dann die Europäer in der Ukraine die Friedensverhandlungen ohne US-Beteiligung führen?

Blum: Washington sucht weder den Frieden noch den Krieg, Washington strebt die globale Dominanz an, und wenn die USA es friedlich erreichen kann, dann ist es wunderbar. Wenn sie ihre globale Dominanz jedoch nicht durch Frieden etablieren können, dann wird dazu der Krieg eingesetzt. So einfach ist das.

Moderatorin: Wie Sie gesagt haben, sind die USA der Hautfinanzierer in der NATO, und gemessen an der Wirtschaftsleistung eines NATO-Mitglieds leisten die USA und Estland die grössten Beiträge in der NATO. Warum zahlen dann die übrigen NATO-Mitglieder so wenig in die NATO-Kasse ein? Für sie ist die NATO doch genauso wichtig, oder?

Blum: Jeder NATO-Staat hat seine eigenen innenpolitischen Probleme und Aufgaben, jedes NATO-Mitglied hat seine eigenen finanziellen Möglichkeiten, und jedes NATO-Land hat seine eigenen spezifischen Beziehungen mit Washington, aber abgesehen von diesen Einzelheiten würde sich kein einziges NATO-Land gegen Washington auflehnen, kein NATO-Mitglied würde sich trauen, zum Beispiel die Rebellen in der Ostukraine zu unterstützen; kein einziger würde das tun. Daher hat es keinen Sinn, sich zu überlegen, wer wieviel mehr Geld in die NATO einzahlt. Kein einziges NATO-Mitglied würde gegen die Politik der USA in der Ukraine oder anderswo in der Welt handeln.

Moderatorin: Andererseits sehen wir, dass Europa, USA und Russland mit den gleichen Bedrohungen im Sicherheitsbereich konfrontiert werden, zum Beispiel Syrien, ISIS und Afghanistan. Diese gemeinsamen

Probleme beziehungsweise Bedrohungen sind da. Ist es möglich für diese Staaten, bei absoluter Notwendigkeit auch zusammenzuarbeiten?

Blum: Es sind nicht dieselben Bedrohungen. Wenn Washington die Menschen eines Staates für Feinde der USA erklärt, bedeutet das nicht, dass sie eine Bedrohung für die USA sind. Zum Beispiel Syrien stellt für die USA überhaupt keine Bedrohung dar. Auch der Irak nicht, und auch Libyen nicht. Die USA intervenieren in einem Land nach dem anderen, unabhängig davon, ob diese Länder eine Bedrohung für die USA darstellen oder nicht. Solange diese Länder nicht an das US-Imperium glauben beziehungsweise an seiner Seite stehen wollen, solange sie den Feinden des US-Imperiums helfen, werden sie von den USA angegriffen. Welche Bedrohung stellte Libyen für die USA dar? Die USA und die NATO intervenierten in Libyen und bombardierten das Land ohne jegliches Mitleid einfach platt – es wurde dem Boden gleichgemacht. Heute ist Libyen ein gescheiterter Staat. Welche Bedrohung stellt Libyen für die USA dar? Da gab es keine Bedrohung. Russland erklärt Libyen nicht für eine Bedrohung, nicht weil Russland eine andere Aussenpolitik hat, sondern weil Russland nicht so paranoid ist wie die USA. Und Russland strebt keine Weltherrschaft an.

Moderatorin: Russland hat man immer wieder kritisiert für seine Entscheidung, moderne Raketenabwehr-Systeme an den Iran zu liefern. Also, warum ist Amerika so beunruhigt darüber, dass der Iran eventuell die Raketenabwehr-Systeme von Russland bekommen könnte? Washington hat doch nicht vor, den Iran zu bombardieren, oder?

Blum: Natürlich wollen sie den Iran bombardieren. Dieselben Pläne hat auch Israel. Und das sind keine illusorische Ängste. Wie ich bereits gesagt habe, Washington hat über 30 Länder bombardiert. Warum sollte Washington jetzt stoppen? Der Iran ist definitives Angriffsziel der USA und Israels. Und es ist sehr verständlich, dass der Iran moderne Raketenabwehr-Systeme bekommen will. Aber andererseits mischen sich die USA nicht im Konflikt in Jemen ein, die USA haben auch nicht vor, US-Truppen in den Irak oder nach Syrien zu schicken.

Moderatorin: Manchmal hat man den Eindruck, Washington ist müde von all diesen Interventionen in jüngster Zeit.

Blum: Nein, die USA unterstützen immer noch die Feinde Syriens. Die USA tun alles dafür, dass Bashar al Assad nicht an der Macht bleibt. Die USA bombardieren all die Orte und Objekte in ganz Syrien, die für Syrien militärisch von Bedeutung sein könnten. Also haben sie ihr Ziel in bezug auf Syrien nicht aufgegeben. Und der Irak ist zurzeit der Bündnispartner der USA. Aber das war nicht immer so, und in der Zukunft kann sich die Situation ändern. Man kann nicht auf den heutigen Tag schauend sagen, die USA intervenieren aktuell hier und dort nicht, also soll es bedeuten, die USA suchen den Frieden. Das grundlegende und unveränderbare Ziel der USA heute, morgen und im nächsten Jahr ist und bleibt – das muss ich zum 10. Mal wiederholen – die globale Dominanz der USA.

Moderatorin: In Ihrem Buch «Der Schurkenstaat» haben Sie geschrieben, wenn Sie der US-Präsident wären, würden alle US-Interventionen sofort gestoppt. Können die Amerikaner das überhaupt, ist das so einfach? Ich meine, sehen Sie sich Irak an, was dort jetzt geschieht ...

Blum: Wenn ich der US-Präsident wäre, ja, das würde ich tun. Ich würde die Interventionen beenden. Aber in dem Absatz, den Sie aus meinem Buch zitierten, habe ich weiter hinzugefügt, dass man mich am 5. Tag meiner Präsidentschaft ermorden beziehungsweise auf mich einen Anschlag verüben würde. Das passiert mit den Menschen, die die imperiale Politik der USA herauszufordern versuchen. Aber dafür hätte ich eine wunderbare Zeit in meinen ersten 5 Tagen.

Moderatorin: Aber wie realistisch könnte die Änderung der US-Politik tatsächlich erfolgen, dass alle US-Interventionen tatsächlich auf einmal beendet würden? Nehmen wir Irak als Beispiel – als die Amerikaner da weggingen, erschien dort auf einmal der Islamische Staat (islamistische Staat).

Blum: Die USA haben den Islamischen Staat erschaffen. Lassen Sie mich das etwas näher ausführen. Ich möchte an der Stelle daran erinnern, dass es vor nicht so langer Zeit vier Hauptstaaten gab, die säkular waren. Die USA

intervenierten in Irak, dann in Libyen, wo sie säkulare Regierungen weggefegt haben. Und schon einige Jahre sind die USA dabei, die säkulare Regierung in Syrien zu stürzen. Also wen wundert es, dass der Nahe Osten heute von religiösen Fanatikern übernommen wurde? Alle möglichen Schranken und Feinde der religiösen Fanatiker hat Washington zuvor beseitigt. Also warum sollten die USA ausgerechnet jetzt damit aufhören?

From: Achim Wolf
To: redaktion@pressejournalismus.com
Date: 07:32:22, 07.08.2015
Subject: Kopierecht-Anfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchte ich nachfragen, ob Ihr Artikel «William Blum: Die USA sehen sich als das auserwählte Volk» (Adresse: <http://pressejournalismus.com/2015/04/william-blum-die-usa-sehen-sich-als-die-auserwaelhte-nation/>) wiederveröffentlicht werden dürfte. Das Organ wäre ein «Bulletin» oder «Zeitzeichen» des Vereins FIGU (www.figu.org/ch), der sich u.a. mit den Weltherrschaftsplänen der USA beschäftigt.
Mit freundlichen Grüßen
Achim Wolf

Gesendet: Mittwoch, 08. Juli 2015 um 08:30 Uhr
Von: "Roland Kreisel" <redaktion@pressejournalismus.com>
An: achiwo@gmx.net
Betreff: Re: Kopierecht-Anfrage

Hallo, ja klar dürft ihr das, wie immer würde ich mich auch über einen Link zum Original oder über eine Namensnennung freuen... I.G. Roland Kreisel

Die EU ähnelt immer mehr einer Sekte, wie die Vorsitzende der französischen Partei Front National (FN), Marine Le Pen, in einem Live-Interview für das französischsprachige Privatrado «Sud Radio» erklärte

«Die Europäische Union hat sich in eine echte Sekte verwandelt, in der man von Gehirnwäsche zu Drohungen und ständiger Erpressung übergeht», sagte die Französin. Sie selbst frage sich, ob das europäische Volk tatsächlich bereit sei, dies zu dulden.



Nach Ansicht der französischen Politikerin sollten die EU-Länder ihre nationalen Währungen wieder einführen. «Der Wirtschaftskurs eines Landes hängt von seiner Souveränität ab», betonte Le Pen.

Die Front National ist eine französische Partei, die für konservative Werte, Beschränkung der Migration und Widerstand gegen die EU-Integration eintritt.

Bei der jüngsten Wahl zum Europaparlament konnte die Partei knapp 25 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Parteiführerin Marine Le Pen unterstützte mehrmals den aussenpolitischen Kurs Russlands, darunter auch im Kontext der Ukraine-Krise.

Weiterlesen: <http://de.sputniknews.com/politik/20150706/303093593.html#ixzz3frzmuO1k>



12:32 12.05.2015, Nesawissimaja Gaseta

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) droht Europa mit Terrorangriffen, schreibt die «Nesawissimaja Gaseta» am Dienstag.

Im Internet waren jüngst Fotos mit IS-Kämpfern vor dem Kolosseum in Rom aufgetaucht. An der Wand des historischen Gebäudes stand arabisch geschrieben: «Wir sind in euren Strassen. Wartet auf die Stunde X.» Angesichts dessen wurden die italienischen Geheimdienste in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.

Der Präsident des russischen Instituts für Religion und Politik, Alexander Ignatenko, ist der Ansicht, dass man die Drohungen der Islamisten äusserst ernst nehmen müsse. Das sei der Anspruch auf eine territoriale Expansion des IS, betonte er. Die Terrorgruppierung erweitere ihren Einflussraum, dem derzeit 25 Wilayat (Verwaltungsbezirke) angehören, ohnehin intensiv.

Zugleich erinnerte Ignatenko daran, dass zuvor auch Fotos von IS-Kämpfern vor dem Eiffelturm in Paris, vor dem Atomium in Brüssel usw. veröffentlicht worden seien. Nach seiner Auffassung könnten auch die Zehntausenden Flüchtlinge aus Afrika, die nach Italien kommen, gefährlich sein. «Die italienischen Geheimdienstler sowie ihre Kollegen aus ganz Europa haben jetzt viel zu tun», schlussfolgerte der Experte. «Die Italiener sagen, alle EU-Länder sollten einen Teil dieser Last übernehmen, indem sie illegale Einwanderer aufnehmen. Aber das würde die Verbreitung von IS-Kämpfern oder Agenten in der gesamten EU fördern.»

Auch der Vorsitzende der UK Independence Party (UKIP), Nigel Farage, brachte im «Guardian» ähnliche Besorgnisse zum Ausdruck. Die EU-Migrationspolitik könnte nach seinen Worten dazu führen, dass eine halbe Million islamischer Extremisten das Mittelmeer überqueren und auch die britischen Inseln erreichen könnten.

EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos stellte in der vorigen Woche im EU-Parlament eine neue Sicherheitsstrategie vor. Ihre wichtigsten Prioritäten seien der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Kriminalität im Cyberraum. Er forderte ein gemeinsames Anti-Terror-Zentrum in der EU – auf Basis von Europol. Zu den Aufgaben der neuen Behörde würden der Informationsaustausch über Dschihadisten sowie



© AP Photo/ File

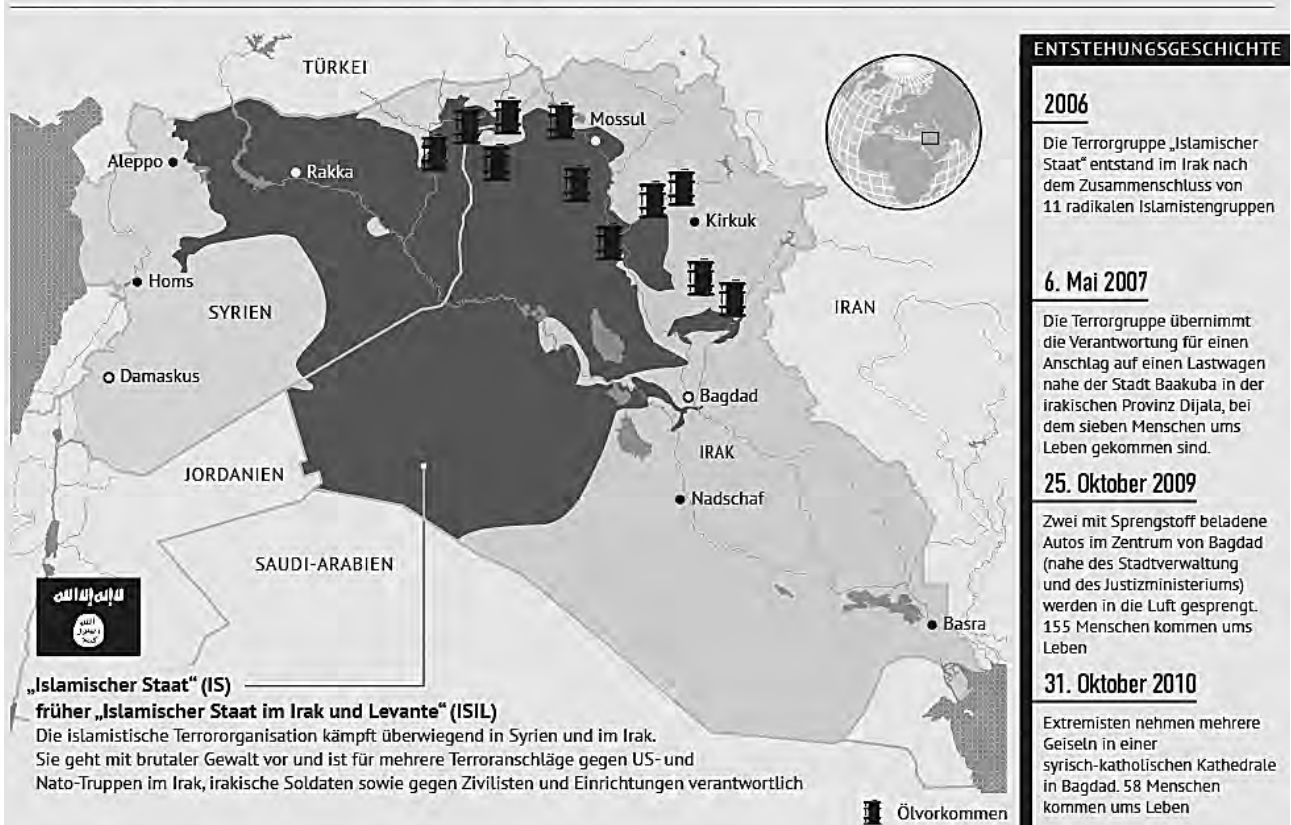
die Kontrolle der Finanzierung von terroristischen Organisationen, des illegalen Waffenhandels und der Terrorpropaganda im Internet gehören.

«Falls die EU sich erst jetzt mit dem Islamischen Staat befasst, dann ist dieser Zug schon abgefahren», so Experte Ignatenko weiter. IS-«Filialen» habe es schon vor drei bis fünf Jahren in Frankreich, Spanien und anderen Ländern gegeben. Diese Ableger der Terrororganisation haben Zehntausende Dschihadisten in Europa rekrutiert. «Natürlich kann man jetzt verschiedene Anti-Terror-Zentren einrichten. Das ist wohl der richtige Schritt, aber er kommt mit Verspätung.»

Weiterlesen: <http://de.sputniknews.com/zeitungen/20150512/302276542.html#ixzz3frv7T1R2>

„Islamischer Staat“

Im Sommer 2014 kündigten die Extremisten der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ die Bildung des Kalifats auf den von ihr kontrollierten Gebieten im Irak und Syrien an



Ideologie	Islamismus
Religiöse Zugehörigkeit	Wahhabitischer Islam
Hauptquartier	Stadt ar-Raqa in Syrien
Gründungsjahr	2006
Mitgliederzahl	12 000

In den eroberten Gebieten Iraks und Syriens leben bis zu 8 Mio. Menschen, vorwiegend Sunniten

ANFÜHRER



Zum Kalif wurde der Anführer der Kämpfer Abu Bakr al-Baghdadi ernannt.
 Sein richtiger Name lautet Ibrahim Awad Ibrahim al-Badri al-Husseini al-Samarrai, auch als Abu Dua bekannt. Geboren 1971 in der irakischen Stadt Samarra. Bis 2003 war er Prediger und unterrichtete islamisches Recht in der zentralirakischen Provinz Dijala

WAFFEN



Als Waffen nutzen die Extremisten offene Geländefahrzeuge, ausgestattet mit Großkaliber-Maschinengewehren auf einem Drehturm

FINANZIERUNG

Experten zufolge finanziert sich die Terrorgruppe durch kriminelles Geschäft:

PROPAGANDA



„Islamischer Staat“ setzt auf Propaganda und hat entsprechende Strukturen entwickelt. Als IS-Sprachrohr gilt die Agentur Al-Furkan
 Viele Kämpfer der IS kommen aus Europa. Nach „The Economist“-Informationen kämpfen mehr als 3000 Staatsbürger der USA, von EU-Ländern und Kanada für die Terrormiliz. „Islamischer Staat“ wird von Sympathisanten aus verschiedenen Ländern unterstützt. Den Kern bilden Salafisten aus Saudi-Arabien. Zudem gibt es viele Unterstützter aus Irak, Katar, Kuwait, Bahrain und Oman. Für die IS kämpfen auch Ägypter, Pakistaner, Afghanen, Usbeken, Malaysier, Tschetschenen und Bengalen



- Raub (darunter Banken und Bankautomaten in irakischen und syrischen Großstädten)
- Lösegeld für Geiseln
- Verkauf von irakischem und syrischem Öl auf dem Schwarzmarkt
- Schutzgelderpressungen

Auf den vom „Islamischen Staat“ kontrollierten Gebieten im Irak befinden sich mehrere Ölvorkommen. Die Extremisten bieten Öl für einen Preis von 30 US-Dollar an – etwa 30 Prozent des Marktpreises

2013

IS-Extremisten ziehen in den Bürgerkrieg in Syrien gegen das Regime von Präsident Baschar al-Assad auf der Seite der Regierungsgegner. Die Organisation erwirbt den Ruf einer der brutalsten Extremistengruppen

Februar 2014

Das Hauptkommando der Al-Qaida teilt mit, dass sie der Terrormiliz IS die Unterstützung verwehrt und die Organisation kein Al-Qaida-Flügel ist

Sommer 2014

Die Terrorgruppe beginnt ihren Vormarsch im Norden und Westen des Iraks

10. Juni 2014

Mosul wird erobert (zweitgrößte Stadt im Irak), am folgenden Tag Tikrit

16. Juni 2014

Die Gruppe übernimmt die Verantwortung für die Ermordung von 1700 Kursanten eines Ausbildungszentrums der Luftstreitkräfte auf dem Stützpunkt Sabaikar in Tikrit, nachdem sie die Kontrolle über den Stützpunkt und den größten Teil der Stadt übernommen hatten

29. Juni 2014

Die Extremisten kündigen die Bildung eines Kalifats an, das sich von Aleppo im Norden Syriens bis zur Provinz Dijala im Osten Iraks erstreckt

Juni 2014

Der US-Präsident kündigt die Entsendung von 300 Militärberatern in den Irak an

3. August 2014

„Islamischer Staat“ nimmt zwei große Ölvorkommen im Irak unter seine Kontrolle

DIE EXTREMISTEN WOLLEN LANGFRISTIG DEN GESAMTEN NAHEN OSTEN IN EINEN ISLAMISCHEN STAAT (KALIFAT) VERWANDELN



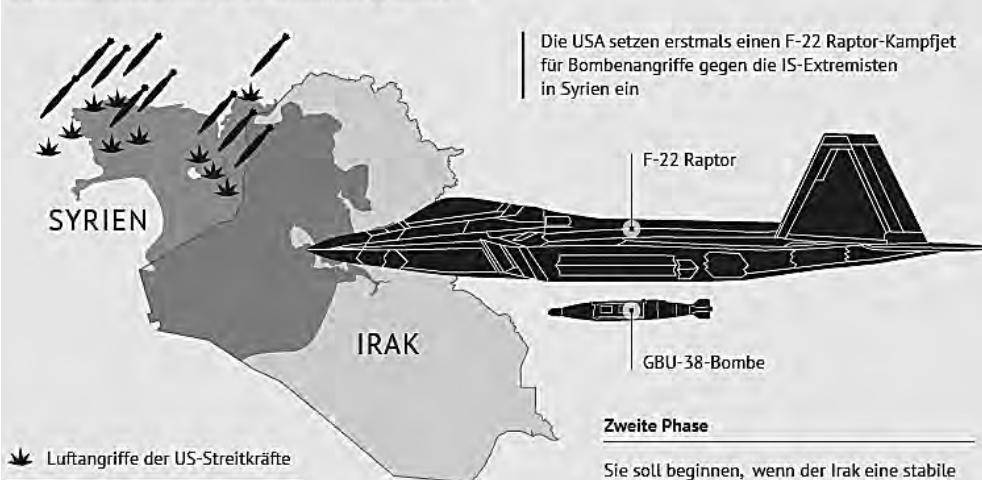
Islamisches Kalifat

Die Dschihadisten haben einen auf fünf Jahre angelegten Erweiterungsplan für den Islamischen Staat. Die Extremisten rechnen damit, den Nahen Osten, Nordafrika, einen Teil Südasiens und Europas unter ihre Kontrolle zu nehmen

DER US-MILITÄREINSATZ GEGEN DIE IS-EXTREMISTEN BESTEHT AUS DREI ETAPPEN UND DAUERT WOMÖGLICH DREI JAHRE

Die erste Phase hat bereits begonnen

Sie besteht aus Luftangriffen gegen die Terroristen, um die ethnischen und religiösen Minderheiten und amerikanischen Diplomaten, Soldaten und Geheimdienstleute zu schützen



✦ Luftangriffe der US-Streitkräfte

Die Extremisten haben bereits Tausende Schiiten, Christen und Jesiden getötet. Weitere Tausende Menschen mussten aus den von den IS-Kämpfern eroberten Gebieten fliehen. Viele Frauen und Kinder wurden von den Terroristen in Gefangenenlager gesteckt. Die irakische Regierung ersuchte die Weltgemeinschaft um Hilfe im Kampf gegen IS. Die irakischen Behörden unterstützen die US-Armee bei ihren Luftangriffen gegen die Stellungen der Islamisten

Die USA setzen erstmals einen F-22 Raptor-Kampfflugzeug für Bombenangriffe gegen die IS-Extremisten in Syrien ein

Zweite Phase

Sie soll beginnen, wenn der Irak eine stabile Regierung gebildet hat. Geplant sind die Ausbildung und Ausrüstung der irakischen und kurdischen Streitkräfte und vielleicht der sunnitischen Stämme

Dritte Phase

Die endgültige Niederschlagung der IS-Kampfeinheiten in ihrem Zufluchtsort in Syrien wird wohl von der nächsten US-Administration nach der zweiten Amtszeit von Präsident Barack Obama umgesetzt

15. August 2014

Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet eine Resolution, in der Sanktionen gegen Personen verhängt werden, die mit den Terrorgruppen „Islamischer Staat“ und „Dschebat an-Nusra“ in Verbindung stehen. Auf die Schwarze Liste werden sechs Personen gesetzt

19. August 2014

Ein Video wird veröffentlicht, in dem ein IS-Mitglied den US-Journalisten James Foley enthauptet

28. August 2014

Ein Video wird veröffentlicht, in dem IS-Extremisten 250 Männer erschießen, vermutlich syrische Soldaten

Sommer 2014

IS-Extremisten richten 500 Männer aus einer jesidischen Gemeinde hin und versklaven rund 300 Frauen

2. September 2014

Ein Video wird veröffentlicht, in dem ein IS-Mitglied den US-Journalisten Steven Sotloff enthauptet

4. September 2014

IS-Extremisten richten Soldaten im Irak hin. Getötet wurden mindestens 700 Menschen

14. September 2014

Ein Video wird veröffentlicht, in dem ein IS-Mitglied den britischen Helfer David Haines, der in Syrien 2013 entführt worden war, hinrichtet

22. September 2014

Mehr als 300 irakische Soldaten kommen bei einem Chemiewaffen-Angriff der IS ums Leben

September 2014

IS-Extremisten veröffentlichten im Internet eine Videobotschaft an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, in der sie versprechen, einen Krieg im Süden Russlands zu entfachen und Tschetschenien und den Kaukasus zu erobern

Quellen: ria.ru, Institute for the Study of War, SIPRI, CNN, Fox News, BBC

Auszüge aus dem VDS-Infobrief 27. Woche, Presseschau vom 1. bis 7. Juli 2015

Kultur kontra Kommerz

Mit einem eindringlichen Appell an die deutsche Politik endete am Samstag die VDS-Delegiertenversammlung in Wittenberg. In einer mit grosser Mehrheit verabschiedeten Erklärung fordern die Sprachschützer die Bundesregierung auf, bei dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP auch auf die Belange von Sprache und Kultur zu achten. Insbesondere befürchten sie, dass alle Sprachen ausser dem Englischen als sogenannte «nichttarifäre Handelshindernisse» diskriminiert und aus dem öffentlichen und dem Wirtschaftsleben zurückgedrängt werden könnten. «Angesichts einer unverkennbaren Tendenz vieler deutscher Eliten, sich als Handlanger der USA zu gebärden und ihre eigene Sprache und Kultur zu verleugnen, bedarf das hier grosser Wachsamkeit», erklärte VDS-Vorsitzender Professor Krämer. Zur Wittenberger Erklärung geht es hier. (vds-ev.de, Wittenberger Erklärung)

Schweizerhochdeutsch

Ein Beitrag in der «Welt» stellte Unterschiede zwischen der deutschen Sprache und dem Schweizerhochdeutschen sowie «50 Wörter, die es so nur in der Schweiz gibt» vor. Neben lexikalischen Besonderheiten (Bettanzug für Bettbezug, Dole für Gully, Schwingbesen für Schneebesen) gibt es einen anderen Gebrauch von Artikeln (das Tram), der Grammatik und eine andere Aussprache. Das Schweizerhochdeutsch orientiere sich bei der Aussprache stärker an der Schrift als die deutsche Sprache; das g am Ende von «ewig» werde wie ein «g» gesprochen und nicht wie in Deutschland als «ch». Zudem existieren in der Schweiz neben Helvetismen (deutsche Wörter, die nur in der Schweiz gebräuchlich sind), Austriazismen (österreichische Varianten) und Teutonismen (Wörter aus Deutschland). Das «Handy» heisst in der Schweiz übrigens «Natel». (www.welt.de)

Denglisch

Das «Manager Magazin» kritisierte Denglisch, das «oft eher das eigene Ego poliert denn für echte Kommunikation sorgt.» Neben Unternehmensberatern, die ein «kickoff meeting» (Auftakttreffen) veranstalteten, fielen Banken mit nichtssagendem «Wortgeflimmer» auf, etwa indem das Hause Aberdeen einen «Select Emerging Markets Investment Grade Bond Fund» anbiete. Das «Manager Magazin» verdeutlichte, dass Sprache der Kommunikation und dem gegenseitigen Verständnis diene. Mit Denglisch den Eindruck von Weltläufigkeit zu vermitteln, sei ein Trugschluss. (www.manager-magazin.de)



Merkels Politik führt zum Untergang Europas – Bloomberg View

© REUTERS/ Fabrizio Bensch, Politik, 16:42 10.07.2015(aktualisiert 17:03 10.07.2015)

Statt den deutschen Steuerzahlern zu erklären, warum es in ihrem Interesse ist, den Bankrott Griechenlands zu vermeiden, hat Angela Merkel sie monatelang irregeführt. Die Politik der deutschen Kanzlerin kann zum Untergang von ganz Europa führen, wie Clive Crook, Kolumnist von Bloomberg View schreibt.

«Es besteht kein Zweifel darin, dass Tsipras sein Land an den Abgrund brachte. Aber wenn Griechenland sich tatsächlich bankrott erklärt und die Eurozone verlassen wird, wird Merkel nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa zum Untergang bringen», schreibt der Analytiker.

Tsipras sei tatsächlich unehrlich mit seinen Wählern gewesen und habe sie irregeführt – er habe ihnen nicht klargemacht, wie teuer sie für seine Handlungen zahlen müssen. «Das Gleiche könnte über die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gesagt werden.», betont Crook.

Referendum in Griechenland trifft Merkels Politik hart

«Monatelang konnte sie nicht erklären, warum es im Interesse der deutschen Steuerzahler ist, einen Bankrott Griechenlands zu vermeiden. In jüngster Zeit versäumte sie die Möglichkeit, ihren Steuerzahlern die Situation zu erklären, und hat sie auch noch darüber irregeführt, was auf dem Spiel steht»

Das Ausmass der Kurzsichtigkeit der EU-Spitzenpolitiker sei eine Überraschung für ihn, so der Kolumnist.

Wenn die Gläubiger den Druck auf Griechenland lockern würden, könnten sie mit der Rückzahlung eines Grossteils ihrer Vermögenswerte rechnen. Doch jetzt könnte es höchstwahrscheinlich dazu kommen, dass sie «so gut wie nichts» bekommen.

Griechenland-Krise: Nutzten Merkel und Sarkozy den IWF für eigene Interessen?

Dies ist nicht das erste Mal, dass die deutsche Bundeskanzlerin für ihre politischen Entscheidungen bei der Griechenlandkrise kritisiert wird. Der Analyst des Australischen Instituts für Internationale Politik Matthew Dal Santo schrieb, dass Griechenland und Europa am Rande des Zusammenbruchs stehen und die Bundeskanzlerin Merkel daran schuld sei.

Der Vize-Wirtschaftsredakteur von The Independent, Ben Chu, schrieb, dass Angela Merkel und Nicolas Sarkozy den IWF im Laufe der letzten Jahre herumgeschubst haben, um das Problem der griechischen Staatsverschuldung auf ihre Weise und in ihrem Interesse zu lösen, was zu einer Katastrophe führte, die «eine der grössten in der Wirtschaftspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg» sei.

Weiterlesen: <http://de.sputniknews.com/politik/20150710/303202028.html#ixzz3fwez1pu7>



Ex-Sowjetpräsident Michail Gorbatschow hat aufgerufen, die Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland wiederherzustellen. «Es kommt jetzt darauf an, alle Anstrengungen dazu zu unternehmen», erklärte der 84-jährige Friedensnobelpreisträger am Dienstag in Moskau.

«Wir sollten verhindern, dass die Entfremdung zwischen unseren Ländern weiter wächst», sagte Gorbatschow bei der Präsentation der russischen Ausgabe des Buches «Am Abgrund. Streitschrift für einen anderen Umgang mit Russland». Der Autor – der bekannte deutsche Politiker und Journalist Wilfried Scharnagl – hatte Gorbatschow gebeten, das Vorwort zu seinem Buch zu verfassen. Darin schrieb Gorbatschow, dass das Wort Moskaus und Berlins in der Welt gewichtig ist und beide Länder zur Beilegung von Krisen beitragen könnten. Das Buch erschien im Mai dieses Jahres in Berlin.

Der Ex-Präsident erinnerte bei der Präsentation daran, dass beide Länder nach dem Krieg gegen den Faschismus und nach Beendigung des Kalten Krieges es geschafft hatten, Partnerbeziehungen aufzubauen. «Die Völker Russlands und Deutschlands sind in der Lage, grosse Taten zu vollbringen und die Verantwortung zu übernehmen.»

«Warum haben wir – beide gebildete Völker mit Riesenerfahrung – einen Streit miteinander zugelassen? Man muss das wiederherstellen, was wir zuvor erreicht haben. Man darf nicht zulassen, dass das alles zerstört wird. Man darf nicht zulassen, dass Länder gegängelt werden», erklärte Gorbatschow.

Weiterlesen: <http://de.sputniknews.com/politik/20150721/303389148.html#ixzz3gb22ExUd>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig; Preis pro Einzelnummer: CHF 2.–

(Zusammen mit einem Abonnement der «Stimme der Wassermannzeit» oder der «Geisteslehre-Briefe» als Gratis-Beilage.)

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2015

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz